

## **Hinweise für den Prüfling**

**Auswahlzeit:** 45 Minuten

**Bearbeitungszeit:** 240 Minuten

### **Auswahlverfahren**

Wählen Sie von den drei vorliegenden Vorschlägen einen zur Bearbeitung aus. Die nicht ausgewählten Vorschläge müssen am Ende der Auswahlzeit der Aufsicht führenden Lehrkraft zurückgegeben werden.

### **Erlaubte Hilfsmittel**

1. ein Wörterbuch der deutschen Rechtschreibung
2. eine aktuelle Ausgabe des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland (unkommentiert)
3. eine Ausgabe der Charta der Vereinten Nationen (unkommentiert)
4. eine Liste der fachspezifischen Operatoren

### **Sonstige Hinweise**

keine

**In jedem Fall vom Prüfling auszufüllen**

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Prüferin/Prüfer: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

**Die Außen- und Sicherheitspolitik der EU in der Ukraine-Krise**

**Aufgaben**

1. Fassen Sie den Inhalt des Kommentars zusammen. (Material 1)  
(20 BE)
2. Erläutern Sie die Aufgaben der Medien „in einer voll entwickelten Demokratie“. (Material 1)  
(20 BE)
3. Untersuchen Sie, inwieweit die Politik der EU im Verlauf des Ukraine-Konflikts gegenüber Russland den Zielen ihrer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik entspricht. (Material 2)  
(30 BE)
4. Diskutieren Sie, inwieweit sowohl die Erweiterungspolitik der EU als auch das Verhalten Russlands in der Ukraine-Krise als „neo-imperialistisch“ bewertet werden können.  
(30 BE)

**Material 1****Julian Nida-Rümelin:****Die Vorwürfe gegen Putin klingen stark nach Kriegspropaganda (2014)**

Durch den vermutlich unbeabsichtigten Abschuss eines malaysischen Verkehrsflugzeuges<sup>1</sup> spitzt sich die Ukraine-Krise zu. In Russland verbreiten die Medien, den Abschuss habe selbstverständlich die ukrainische Regierung zu verantworten, während in Deutschland und den USA die „neo-imperialistische“ Politik Wladimir Putins für den Abschuss verantwortlich gemacht wird. Vermutlich wird sich herausstellen, dass es sich in der Tat um pro-russische Separatisten handelte, die diesen Abschuss zu verantworten haben.

Der Westen reagiert auf dieses Unglück mit einer Verschärfung der Sanktionen gegen Russland, und die ukrainische Regierung weitet den militärischen Einsatz gegen die Separatisten aus. Wie im Falle des Irak-Krieges des damaligen US-Präsidenten George W. Bush zeigen auch die deutschen Medien auffallend wenig Resistenz gegen eine Ideologisierung der Außenpolitik des Westens. Dass eine solche Ideologisierung von Russland aus, offenbar auch mit einigem Erfolg, betrieben wird, überrascht nicht. In einer voll entwickelten Demokratie erwartet man aber etwas anderes, nämlich eine gewisse kritische Distanz gegenüber NATO- und CIA-gesteuerten Informationen.

Russland wird von unterschiedlichen Medien eine neo-imperialistische Politik vorgeworfen. Zutreffend ist zweifellos, dass das Präsidialregime Putins und die Demokratie in Russland zunehmend autokratische Züge annehmen, im Vergleich allerdings zum chinesischen Regime ist die politische Praxis Putins noch vergleichsweise zivil. [...]

Die Europäische Union, ein staatliches Gebilde sui generis<sup>2</sup> mit eigener Gesetzgebung und eigener Regierung, wenn auch in einer schwachen Form der europäischen Kommission, eigenem Parlament und europäischen Parlamentswahlen hat sich dagegen seit dem Ende der Sowjetunion gewaltig ausgedehnt. Die Zahl der Mitgliedsstaaten hat sich fast verdoppelt, die Wirtschaftskraft ist die größte der Welt, noch vor den USA und erst recht vor China, und die Einflussphäre der EU reicht weit über die Mitgliedsstaaten hinaus.

Vor diesem Hintergrund gehört schon eine gehörige Chuzpe<sup>3</sup> hinzu, von Neo-Imperialismus gerade im Hinblick auf Russland zu sprechen. Die USA hat Jahrzehnte hinter sich, in denen sie sich als einzig verbliebene Weltmacht in der Tat imperialistisch gebärdete, nämlich mit dem Anspruch, entscheiden zu können, welche Regimes legitim und welche illegitim sind und welches gestürzt werden sollte, wie im Irak oder in Libyen, welche dagegen zu unterstützen sind, wie in Saudi-Arabien oder in Afghanistan. [...]

Die EU, die, wenn man auf ihre „Geländegewinne“ blickt, mehr noch als die USA als „imperialistisch“ gelten müsste, verfolgt die Strategie der Ausdehnung territorialen Einflusses jedoch in einer weichen, zivilen Form: Nicht die Drohung mit militärischer Gewalt, wie im Falle der USA, auch nicht die Sanktionsmittel der rohstoffreichen regionalen Vormacht Russland, sondern das Lockmittel wirtschaftlicher Prosperität reicht hier aus, um die Einflusszonen auszuweiten. Unterdessen scheint es zu einem EU-Automatismus geworden zu sein, durch Assoziierungsabkommen Länder auf den Weg zu führen, an dessen Ende die Vollmitgliedschaft steht. Dieser Prozess wird mit einer bemerkenswerten außenpolitischen Naivität vorangetrieben.

<sup>1</sup> Der Absturz einer Boeing 777 der Malaysian Airlines am 17. Juli 2014, bei welchem alle 298 Menschen an Bord ums Leben kamen, ist nach dem Bericht einer niederländischen Untersuchungskommission auf einen Abschuss zurückzuführen. Noch ist nicht abschließend geklärt, wer dafür verantwortlich ist.

<sup>2</sup> durch sich selbst eine Klasse bildend, einzig, besonders

<sup>3</sup> Unverfrorenheit, Unverschämtheit

Im Falle der Ukraine ist diese Strategie bis auf weiteres gescheitert. Hier sollte ein Land auf den Weg der EU- und NATO-Mitgliedschaft geführt werden, hier sollte ein Staat NATO-Mitglied werden, auf dessen Territorium die Schwarzmeerflotte Russlands per Vertrag nach dem Ende der Sowjetunion stationiert ist, es sollte ein Land in die EU-Wirtschaft integriert werden, das dafür noch keineswegs reif ist, das ein Bruttoinlandsprodukt pro Kopf aufweist, das nur ein Bruchteil des durchschnittlichen EU-BIP pro Kopf und auch nur die Hälfte desjenigen Russlands hat.

Ein Land, das von Oligarchen beherrscht wird, unabhängig davon, welche beiden Hauptkräfte des Landes, die pro-europäischen oder die pro-russischen, sich jeweils durchsetzen. Es drängt sich der Eindruck auf, dass diese Strategie der Osterweiterung der EU auch das Ziel verfolgte, Russland einer seiner letzten verbliebenen wirtschaftlichen Einflusszonen zu berauben. Jedenfalls ist auffällig, dass der Vorschlag Putins, eine Freihandelszone von Lissabon bis Wladiwostok zu etablieren, nicht einmal erörtert wurde, während die Lockangebote gegenüber der Ukraine und anderen Ländern der Region zunahmen. Jetzt geht es über die Aushandlung einer transatlantischen Freihandelszone TTIP, die Russland für immer von einem privilegierten Zugang zum europäischen Wirtschaftsraum abkoppeln wird. Reicht die außenpolitische Vorstellungskraft der Kommentatoren tatsächlich nicht aus, um sich in die Situation einer russischen Regierung, unter wessen Führung auch immer, hineinzusetzen? Im Osten eine lange Grenze mit der zweiten, zunehmend aggressiv auftretenden Supermacht China, im Süden Erosionserscheinungen durch den um sich greifenden Islamismus, im Westen Abkoppelung von den „Pufferstaaten“ in Osteuropa. [...]

Der Vorwurf des Neo-Imperialismus klingt nach Kriegs-Propaganda, er ist geeignet, die Situation in der Ukraine militärisch eskalieren zu lassen, er ist ein deutliches Beispiel für double standards, für die ungleiche Bewertung von gleichartigen Fällen. Wir sollten ihn nicht mehr erheben, schon deshalb, um nicht leichtfertig einer Eskalation der Ukrainekrise das Wort zu reden.

Julian Nida-Rümelin in: Stern online, 29.07.2014.

<http://www.stern.de/politik/ausland/kommentar-zur-ukraine-krise-die-vorwuerfe-gegen-putin-klingen-stark-nach-kriegs-propaganda-2127154> (abgerufen am 15.01.2015).

**Hinweis:**

Julian Nida-Rümelin ist seit 2004 Professor für Philosophie an der Ludwig-Maximilians-Universität in München. Von 2001 bis 2002 war er im Kabinett von Bundeskanzler Gerhard Schröder Staatsminister im Bundeskanzleramt mit dem Aufgabengebiet Kultur und Medien und von 2009 bis 2013 Mitglied des Parteivorstandes und Vorsitzender der Grundwertekommission der SPD.

**Material 2****Vertrag über die Europäische Union (1992)**

[...]

**TITEL V****Bestimmungen über die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik****Artikel J**

Hiermit wird eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik eingeführt, die durch die nachstehenden Bestimmungen geregelt wird.

**Artikel J.1**

1. Die Union und ihre Mitgliedstaaten erarbeiten und verwirklichen eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik nach Maßgabe dieses Titels, die sich auf alle Bereiche der Außen- und Sicherheitspolitik erstreckt.
2. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik hat zum Ziel
  - die Wahrung der gemeinsamen Werte, der grundlegenden Interessen und der Unabhängigkeit der Union;
  - die Stärkung der Sicherheit der Union und ihrer Mitgliedstaaten in allen ihren Formen;
  - die Wahrung des Friedens und die Stärkung der internationalen Sicherheit entsprechend den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen sowie den Prinzipien der Schlußakte von Helsinki<sup>1</sup> und den Zielen der Charta von Paris<sup>2</sup>;
  - die Förderung der internationalen Zusammenarbeit;
  - die Entwicklung und Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten.

[...]

Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften: Vertrag über die Europäische Union, Brüssel, Luxemburg 1992.

**Hinweis:**

In dieser Veröffentlichung ist der Wortlaut des Vertrags über die Europäische Union wiedergegeben, wie er am 07.02.1992 in Maastricht unterzeichnet wurde. Es handelt sich um eine vom Generalsekretariat des Rates und von der Kommission gemeinsam vorgenommene Veröffentlichung.

---

<sup>1</sup> Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) war eine Folge von blockübergreifenden Konferenzen der europäischen Staaten zur Zeit des Ost-West-Konfliktes. Am 01.08.1975 unterzeichneten 35 Staaten in Helsinki die KSZE-Schlussakte. Mit ihr werden die Grenzen der Nachkriegsordnung akzeptiert und das Selbstbestimmungsrecht der Völker sowie die Anerkennung der Menschenrechte verabredet. Teilnehmer waren die USA, Kanada, die Sowjetunion und alle europäischen Staaten mit Ausnahme von Albanien und Andorra, welche erst später der KSZE beitraten. 1995 wurde die KSZE institutionalisiert mit dem Nachfolger Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE).

<sup>2</sup> Die „Charta von Paris für ein neues Europa“ vom 21.11.1990 ist ein internationales Abkommen über die Schaffung einer neuen friedlichen Ordnung in Europa nach der Wiedervereinigung Deutschlands und dem Ende der Ost-West-Konfrontation. Die Staats- und Regierungschefs der KSZE-Teilnehmerstaaten erklärten die Spaltung Europas für beendet, verpflichteten sich zur Demokratie als einziger Regierungsform und sicherten ihren Völkern die Gewährleistung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu und dokumentierten das Ende der Konfrontation des Kalten Krieges und der Teilung Europas.